

Bundesministerium für Justiz
Museumstrae 7
1070 Wien

per E-Mail: team.z@bmj.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

ZI. 13/1 20/103

2020-0.607.160

**BG, mit dem das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch geändert wird
(Fundrechts-Novelle 2021 – FundR-Nov 2021)**

Referent: VP Dr. Georg Friedrich Schwab, Rechtsanwalt in Wels

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der österreichische Rechtsanwaltskammertag (ÖRAK) dankt für die Übersendung
des Entwurfes und erstattet dazu folgende

S t e l l u n g n a h m e :

Der ÖRAK teilt die dem vorliegenden Gesetzesentwurf zugrundeliegende Ansicht,
dass angesichts der erhobenen Zahlen (Ausfolgungsrate von unter 1 % nach 6
Monaten) eine Verkürzung der Frist für den Eigentumserwerb des Finders auf 6
Monate durchaus sinnvoll ist, um den angestrebten Zweck der Reduzierung des
Aufwandes für die Fundamter zu erreichen.

Der vorliegende Entwurf berücksichtigt auch den, in der vom ÖRAK am 15.06.2020
abgegebenen schriftlichen Stellungnahme zum Kompromissvorschlag beinhalteten,
Hinweis auf das Erfordernis einer angemessenen Regelung im Spannungsfeld der
Verwaltungsvereinfachung und -ersparnis einerseits und des Rechtsschutzinteresses
des Eigentümers andererseits in angemessener Weise.

Immerhin handelt es beim Eigentumsrecht um das stärkste Sachenrecht im Bestand
der österreichischen Rechtsordnung, dessen Schutzzweck auch aus dem
Normenbestand der §§ 388 ff ABGB deutlich abgeleitet werden kann. Mit der
Einführung einer Wertgrenze von EUR 100,00 wird ein ausreichender
Eigentumsschutz nach Ansicht des ÖRAK jedenfalls sichergestellt.

Der ÖRAK erlaubt sich im Hinblick auf die einzuführende Wertgrenze den Hinweis,
dass die Festlegung des „gemeinen Wertes“ einer Fundsache, sofern es sich nicht um
Geldbeträge handelt, möglicherweise schwierig sein kann und der diesbezügliche



Aufwand jedenfalls auch den Aufwand der Verwaltungsbehörden bei der Ermittlung des Wertes der Fundsache erhöhen kann und wird, wodurch die angestrebten Einsparungen wiederum gefährdet wären.

Vorteilhafter wäre es wohl, wenn legislativ auf den „erkennbaren gemeinen Wert“ abgestellt wird, weil sich dadurch der Beurteilungsspielraum der Fundbehörde besser eingrenzen ließe.

Wien, am 5. November 2020

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



Dr. Rupert Wolff
Präsident

